

Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl

Veranstalter: Internationales Forschungsprojekt „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“

Datum, Ort: 14.12.2009–15.12.2009, Gießen

Bericht von: Rayk Einax, Historisches Institut, Justus-Liebig-Universität Gießen

Der Vorstellung des Gießener Zentrums Östliches Europa (GiZO) durch MONIKA WINGENDER folgte die kurze Vorstellung der Forschungsgruppe durch THOMAS M. BOHN (ebenfalls Gießen). „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ ist Bestandteil des Förderprogramms „Einheit in der Vielfalt. Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas“ der VolkswagenStiftung. Folgende Institutionen sind daran beteiligt: das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), die Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU), die Europäische Humanistische Universität Vilnius/Minsk (EHU) und die Ukrainische Nationaluniversität Kiewo-Mohyla Akademie (NaUKMA).

Die Moderation der anschließenden Beiträge übernahm Melanie Arndt (Potsdam). Als erstes referierte JURIJ SHERBAK (Kiew) aus eigenem Erleben über die Ereignisse vom Frühjahr 1986 sowie über die daraus ableitbaren Lehren für die gesamte Menschheit. Die bislang größte nukleare Katastrophe sei zwar Ursache vieler entsetzlicher Folgeschäden am Ort des Geschehens, das Gefahrenpotential sei hingegen von absolut globaler Relevanz. Da praktisch ganz Europa (und andere Kontinente) direkt vom radioaktiven Fallout betroffen waren, stelle sich neben der gegenseitigen militärischen Bedrohung weltweit die Frage der weiteren Nutzung von Atomenergie bzw. der Reaktorsicherheit. Dazu zählten explizit die Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung, der Rückgriff auf erneuerbare Energieressourcen und die Bewahrung der Umwelt.

Als nächstes verknüpfte ALIAKSANDR DALHOUSKI (Gießen) die staatliche Kompensationspolitik nach der Reaktorkatastrophe mit den Forderungen aus der Bevölkerung, so wie sie in Form schriftlicher Eingaben in weißrussischen Archiven aufzufinden sind. Zunächst habe die Untätigkeit der

Sowjetbehörden, die im Widerspruch zu den wohlfeilen Reden Gorbatschows von Glasnost und Perestroika stand, dafür gesorgt, dass die Menschen aktiv wurden und mit Hilfe des Petitionswesens die staatliche Hilfe für sich einforderten. Dabei seien die Verfasser der Beschwerden nach spezifischen, vor allem geografisch auffälligen Interessengruppen zu klassifizieren. Den Zeitraum von 1986 bis 1991 teilt Dalhouski darüber hinaus in verschiedene Protestphasen ein. In der folgenden Diskussion war vor allem umstritten, ab wann die politische Opposition in der Belarussischen Sowjetrepublik ihr „ökologisches Bewusstsein“ entdeckt, das heißt das Thema Tschernobyl thematisiert habe; erst 1989 oder bereits zuvor?

TATIANA KASPERSKI (Vilnius) widmete sich in ihrem Vortrag der Frage, wie oder inwiefern die staatliche Informationspolitik die Erinnerung und die alltäglichen Praktiken der Betroffenen nach der Tschernobyl-Katastrophe beeinflusst hat. Ihre Untersuchungsobjekte waren im Wesentlichen spezielles Kartenmaterial der Belarus, das erst ab 1989 landesweit den Kontaminationsgrad anzeigte, sowie diverse Schulbücher und -hefte, in denen Angaben zum Thema Radiologie etc. gemacht wurden. Auffällig sei dabei vor allem, dass die Havarie bis heute von Seiten der Machthaber fatalistisch als Schicksalsschlag präsentiert werde, der das Land heimgesucht habe, ohne dass die politische Verantwortung der damaligen Entscheidungsträger oder das Thema Kernenergie umfassend diskutiert bzw. dargestellt werde. Das Alltagsleben der Bevölkerung sei dagegen zunächst von einem hohen Maß komplexer Regeln und Einschränkungen geprägt gewesen, die inzwischen aber kaum noch befolgt würden. Diese seien dennoch in den individuellen Erinnerungen weitestgehend dominant geblieben.

Zum Abschluss des Tages präsentierte EVGENIA IVANOVA (Vilnius) aus feministischer Perspektive eine Kritik an westlich-liberalen Vorstellungen zur Staatsbürgerschaft. Die Diskurse schrieben zwar Gleichheit, Emanzipation, Freiheit, Menschenrechte usw. fest, enthielten aber keine expliziten Gender-Konzepte. Hierdurch ergäbe sich ein Widerspruch zwischen den

rollengeprägten Erwartungen des Staates bzw. der Gesellschaft an seine Angehörigen und den Bedürfnissen der weiblichen (Staats-)Bürger. Ihr „Körper“, das heißt dessen spezifische Rolle, werde in der Öffentlichkeit in aller Regel ausgeblendet. Darin gleiche der gesellschaftliche Diskurs den öffentlichen Diskussionen in der Belarus nach Tschernobyl.

Am nächsten Morgen übernahm Stefan-Ludwig Hoffmann (Potsdam) die Diskussionsleitung. Als erste trug MELANIE ARNDT zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Tschernobyl-Initiativen in Deutschland und der Belarus vor. Diese erstreckten sich vor allem auf die Aufnahme weißrussischer Kinder aus den verseuchten Gebieten zur Erholung in der Bundesrepublik sowie auf die Lieferung von Hilfsgütern. Ein Movens für das deutsche Engagement sei in der Abtragung historischer Schuld zu suchen. Im Mittelpunkt der Analyse standen somit der Wissens- und Ressourcentransfer und die beiderseitigen Auswirkungen auf die sogenannte „Zivilgesellschaft“. Dabei ließen sich aber nicht immer nur positive Befunde konstatieren, seien es zum einen Viktimisierungsprozesse auf belarussischer, oder der mitunter blindwütige Aktionismus von deutscher Seite.

Nachfolgend erläuterte ANDREJ STEPANOV (Vilnius) die Auswirkungen des GAUs auf den öffentlichen Diskurs innerhalb der Belarus. Die politischen und sozialen Folgen mussten ja schließlich auch Einfluss auf das Entstehen politischer Bewegungen in der Sowjetrepublik nehmen und die Nuklearpolitik des später unabhängigen Landes determinieren. Im Zuge dieses Prozesses habe sich „Tschernobyl“ in mehreren Phasen zu einer politisierten Chiffre entwickelt, welche im Parlament, unter Forschern und NGOs eifrig diskutiert und instrumentalisiert worden sei. Gleichzeitig unterlagen Begriffe und Paradigmen ihrerseits einem Wandel. Knackpunkt in der öffentlichen Wahrnehmung seien allerdings die jeweilige Herkunft der Informationen und der persönliche bzw. familiäre Erfahrungshintergrund gewesen. Den (vorläufigen) Schlusspunkt der „Tschernobyl-Politik“ der Regierung Lukašenka stelle der 2008 beschlossene Bau eines neuen Atomkraftwerkes

dar, worauf das Regime bereits seit Ende der 1990er-Jahre diskursiv hingearbeitet habe.

Zu guter Letzt stellte ANASTASIA LEUCHINA (Kiew) die mit Tschernobyl einsetzende Entwicklung unabhängiger ukrainischer Umweltbewegungen vor. Im Mittelpunkt ihres Referates standen die Charakterisierung einzelner Gruppen, deren Interaktion mit dem (sowjetischen) Staat, sowie die zunehmende Politisierung, Professionalisierung und gegenseitige Vernetzung der Initiativen. Auch hierbei ließen sich verschiedene Dynamiken und Phasen in den Aktivitäten beobachten. Leider hätten die heute noch tätigen NGOs keine nachhaltigen Einflüsse auf die ukrainische Politik erzielen können. Darin gleichen sie den Aktivisten in den anderen betroffenen Staaten (Russland, Belarus).

In einem Abendvortrag thematisierte ASTRID SAHM (Minsk) mit Blick auf den anstehenden 25. Jahrestag das Potential der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, zum Bestandteil einer – zuvor definierten – europäischen Erinnerungskultur zu werden. Methodisch beinhalte dies vor allem das gemeinsame Erinnern und die Aufarbeitung historisch strittiger Themen im gegenseitigen Diskurs, wenn auch die Wahrnehmung je nach Land differieren möge. Das Ziel läge in der Überwindung geschichtspolitischer Antagonismen, die nicht nur zwischen West und Ost bestünden, sondern auch untereinander vielfach fragmentiert seien. Selbst wenn es momentan en vogue ist, so sei doch „Tschernobyl“ in Anbetracht der damaligen öffentlichen Anteilnahme, darunter in vielen westeuropäischen Ländern, durchaus dafür prädestiniert, Eingang in ein plurales, demokratisches und ziviles „europäisches Gedächtnis“ zu finden. Die nachfolgende Diskussion knüpfte im wesentlichen an den Begriff des „Erinnerungsortes“ von Pierre Nora an, erörterte die Bedeutung der Metapher „Tschernobyl“ im Zeitalter des dramatischen globalen Klimawandels und der Suche nach umweltschonenden Energien, und sprach den heutigen Opferdiskurs in der Republik Belarus an.

Der Workshop bot in weiten Teilen Anlass, auf der Basis von neuem Archivmaterial und historisch-sozialwissenschaftlichen Konzepten zu diskutieren, und damit eigene Sichtweisen zu überprüfen. Es ging we-

niger darum, feststehende Schlüsse vorzutragen. Bei aller Heterogenität der Themenauswahl lässt sich die Zusammenkunft daher als wissenschaftliche und methodische Anregung verbuchen. Ihre schriftlichen Ergebnisse werden hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Konferenzübersicht:

Jurij Sherbak (Kiew): Chernobyl 23 years after: lessons for mankind

Aliaksandr Dalhouski (Gießen): State politics concerning Chernobyl an written protest 1986-1991

Tatiana Kasperski (Vilnius): Reconstructing memory of the Chernobyl disaster through everyday practices and power relations in the contaminated areas in Belarus

Evgenia Ivanova (Vilnius): Citizenship: the feminist critique

Melanie Arndt (Potsdam): „Children of Chernobyl“. The interconnection of civil-society initiatives in Germany and Belarus

Andrej Stepanov (Vilnius): The politics of Chernobyl Discourse

Anastasia Leuchina (Kiew): Development of Ukrainian Environmental NGOs After Chernobyl: Trends and Issues

Astrid Sahn (Minsk): Die Katastrophe von Tschernobyl im Kontext einer europäischen Erinnerungskultur

Tagungsbericht *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl*. 14.12.2009–15.12.2009, Gießen, in: H-Soz-Kult 19.01.2010.